

NEIN ZUM KIFÖG

HESSEN
SPD

Liebe Eltern, liebe Erzieherinnen und Erzieher!

Die hessische SPD und die SPD hier vor Ort teilen die Kritik von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern und den Trägern der Kindertagesstätten am vorgelegten Gesetzentwurf von CDU und FDP für ein angebliches Kinderförderungsgesetz (KiföG). Der Name ist Etikettenschwindel. Das Gesetz verschlechtert die Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten. Der Druck steigt, die Gruppen größer zu machen und die Öffnungszeiten zu verkürzen. Die notwendige Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern wird infrage gestellt und ausreichende Vorbereitungszeiten sind nicht vorgesehen. Die Inklusion von Kindern mit Behinderung wird erschwert. Dieses Gesetz ist ein Rückschritt für die frühkindliche Bildung und damit genau das Gegenteil von dem, was Kinder, Eltern und Beschäftigte brauchen. Die SPD in ganz Hessen und hier vor Ort stehen an Ihrer Seite, um Schwarz-Gelb von diesem falschen Gesetz abzuhalten.



Jens Zimmermann



Rüdiger Holschuh

Ihre

JENS ZIMMERMANN
BUNDESTAGSKANDIDAT
WAHLKREIS ODENWALD

RÜDIGER HOLSCHUH
LANDTAGSKANDIDAT
WAHLKREIS ODENWALD

ARGUMENTE VON SCHWARZ.GELB AUF DEM PRÜFSTAND



CDU und FDP behaupten: Die Gruppengrößen bleiben wie bisher

Und das ist die Wahrheit: Die Landesförderung richtet sich nach KiföG nach der Zahl der besetzten Plätze. Wer mehr besetzte Plätze hat, bekommt also mehr Geld. Ein klarer Anreiz für vollere Gruppen. Wer aus pädagogischen Gründen kleinere Gruppen will oder überhaupt nicht genug Kinder hat, um die Gruppen zu füllen, wird zukünftig noch mehr drauflegen müssen.



CDU und FDP behaupten: Das KiföG regelt keine Öffnungszeiten

Und das ist die Wahrheit: Nach KiföG richtet sich die Höhe der Zuschüsse auch nach den Betreuungszeiten und zwar in drei Staffeln: bis zu 25 Stunden, von 25 Stunden bis 35 Stunden, über 35 Stunden. Wer sich immer am unteren Ende orientiert, macht den besten Schnitt. Wer lange öffnungszeiten anbietet, wer viele Ganztagsplätze hat, legt drauf. Damit wird es Eltern schwerer gemacht, Beruf und Familie zu vereinbaren.

ARGUMENTE VON SCHWARZ.GELB AUF DEM PRÜFSTAND



CDU und FDP behaupten: Kinder bekommen weiterhin qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher

Und das ist die Wahrheit: Das KiföG ermöglicht es, bis zu 20% fachfremdes Personal als Fachkräfte einzusetzen. Niemand hat etwas dagegen, wenn neben ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern weitere Personen in der Kita mitarbeiten, auch ehrenamtliches Engagement ist erwünscht. Aber: sie dürfen nicht als Fachkräfte angerechnet werden, denn das sind sie nicht!



CDU und FDP behaupten: Die Integration von Kindern mit Behinderung ist weiterhin möglich

Und das ist die Wahrheit: Das KiföG macht keine Vorgaben zur dringend notwendigen Reduzierung der Gruppengröße bei Aufnahme von Kindern mit Behinderungen. Das ist kein Beitrag zur Inklusion - im Gegenteil: hierzu sind kleinere Gruppen einfach unabdingbar.



CDU und FDP behaupten: Das Land zahlt so viel Geld für frühkindliche Bildung wie noch nie

Und das ist die Wahrheit: Von den im Haushalt stehenden 425 Mio.€/Jahr für 2014 bis 2018 stammen über 220 Mio. € aus dem Kommunalen Finanzausgleich (das ist Geld der Kommunen) und rund 48 Mio. € aus Bundesprogrammen. Zur Zahlung von weiteren rund 112 Mio. € musste das Land erst durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs gezwungen werden, weil die Personalstandards durch das Land angehoben worden waren, ohne dass es dafür auch geradestehen wollte. Somit bleiben für das Jahr 2014 etwa 60 Mio. € Landesgeld, in den Folgejahren sinkt der Landeszuschuss auf 38,9 Mio. €



CDU und FDP behaupten: Träger von Kindertageseinrichtungen bekommen „Planungssicherheit“

Und das ist die Wahrheit: Der Landeszuschuss richtet sich nach dem besetzten Platz. Es wird damit für die Träger teuer, Plätze für in Kürze aufzunehmende Kinder freizuhalten. Sinkende Nachfrage muss mit einkalkuliert werden, Personal wird deshalb mehr befristet beschäftigt werden. Das führt zu Just-in-time-Pädagogik und nicht zu Planungssicherheit.